

++++ PRESSEMITTEILUNG +++++

29.04.2011

PM: Schlechte Bedingungen bei Jobs und Praktika für Studierende in Braunschweig

Studierende in Braunschweig haben keine guten Bedingungen bei Jobs und Praktika. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage, die zu Beginn des Jahres an der TU Braunschweig und der Hochschule für Bildende Künste (HBK) von der AG Prekäre Beschäftigung durchgeführt wurde. In dieser sind neben den ASten der HBK und der TU Braunschweig auch VertreterInnen der DGB-Jugend Braunschweig, der ver.di-Jugend Süd-Ost-Niedersachsen, dem Hochschulinformationsbüro der Gewerkschaften sowie betroffene Studierende organisiert.

An der Umfrage nahmen 142 Studierende teil, die im Jahr 2010 insgesamt 204 Jobs ausübten.

49 % der jobbenden Studierenden gaben an, dass sie arbeiten mussten, um sich ihr Studium zu finanzieren. Bei 44 % litt das Studium durch die Jobs, wobei dies insbesondere dann der Fall war, wenn mit dem verdienten Geld das Studium finanziert werden musste (72 %). „Wir brauchen ein eltern- und altersunabhängiges BAFöG, das nicht zurückgezahlt werden muss, damit sich Studierende voll auf ihr Studium konzentrieren können und niemand aus finanziellen Gründen benachteiligt wird“, kommentiert Magdalena Totz vom AStA der TU Braunschweig diesen Aspekt.

In fast 60 % der Jobs erhielten Studierende zudem weniger als den von DGB geforderten Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Viele dieser Jobs waren an der Uni. „Wir fordern die Aufnahme der studentischen 'Hilfskräfte' in den Tarifvertrag der Länder sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, um Lohndumping zu verhindern“, sagt Kai Fricke vom AStA der TU Braunschweig.

Auffällig dabei ist, dass Studentinnen mit einem Anteil von 66 % häufiger unter dem vom DGB geforderten Mindestlohn lagen als Studenten mit 58 %. „Frauen arbeiten häufig in Bereichen, die schlechter bezahlt sind, und bekommen zudem oft für die gleiche Arbeit weniger Geld als Männer“, kritisiert Totz. „Für gleiche Arbeit muss es aber gleichen Lohn geben“, fährt sie fort.

64 % der Arbeitsverhältnisse waren befristet. In 49 % der Fälle gaben die Studierenden an, dass die Befristungen schon mindestens einmal verlängert wurden. „Diese Kettenverträge sind problematisch, weil sie den Betroffenen keine Planungssicherheit geben. Die erlaubten Sachgründe für Befristungen müssen deshalb eingeschränkt und Befristungen ohne Sachgrund verboten werden“, sagt Lorenzo Poli von der DGB-Jugend Braunschweig.

Bei 47 % der Jobs wurde der Anspruch auf bezahlten Urlaub nicht gewährt. In 33 % der Jobs wurden Überstunden nicht oder nur teilweise ausbezahlt. 31 % bekamen keine Lohnfortzahlung im

Krankheitsfall. Außerdem hatten die Studierenden bei 25 % der Arbeitsverhältnisse keinen Arbeitsvertrag. „Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass viele Studierende nicht oder nur ungenügend über ihre Rechte informiert sind. Die Beratungsangebote der Gewerkschaften, wie z.B. die 'Students@work-Beratung' an der TU Braunschweig können hier Abhilfe schaffen“, sagt Ralf Reischwitz vom Hochschulinformationsbüro der Gewerkschaften.

An der Umfrage nahmen auch 68 Studierende teil, die insgesamt 79 Praktika in 2010 absolvierten.

Über 49 % der Praktika wurden nicht bezahlt. Bei 25 % der Praktika wurden die Studierenden zudem als vollwertige Arbeitskraft eingesetzt. Von den Praktika, bei denen die Studierenden als vollwertige Arbeitskraft eingesetzt wurden, waren 60 % bezahlt. Bei 75 % von diesen bekamen die Studierenden einen Stundenlohn von unter 4,50 €.

„Hier ist die Politik gefragt, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die sicherstellen, dass Arbeitgeber nur dann Personen als PraktikantInnen einstellen dürfen, wenn bei ihren Tätigkeiten auch tatsächlich die Ausbildung im Vordergrund steht. PraktikantInnen als billige oder unbezahlte Arbeitskräfte zu missbrauchen, muss unterbunden werden. Wer die gleichen Tätigkeiten ausführt wie Festangestellte, muss auch die gleichen Rechte und die gleiche Bezahlung wie diese erhalten“, sagt Kai Fricke vom AStA-Vorstand der TU Braunschweig.

Für Rückfragen stehen Ihnen Kai Fricke, AStA TU Braunschweig, Tel. 01577 6058 539 und Lorenzo Poli, DGB-Jugend Braunschweig, Tel. 0160 5800 675 gerne zur Verfügung.